



## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege  
am 10.04.2014**

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender:

Herr Karl Montag	
------------------	--

#### SPD-Fraktion

Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Manfred Grebenstein	
Herr Martin Große	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Peter Krohn	
Frau Dr. Marita Kroneberger	
Frau Ilona Pfetzing	
Herr Lutz Schaub	
Frau Petra Strauß	
Herr Matthias Wenderoth	

#### CDU-Fraktion

Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Claus Hamp	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Andreas Kühnel	
Herr Jörg Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Dr. Andreas Vogt	
Herr Klaus Wolf	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Lothar Dietrich	
Herr Siegfried Fiegenbaum	
Herr Armin Jung	

**FDP-Fraktion**

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

**FWG-Fraktion**

Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

**Partei Die Linke**

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Jörg Hartebrodt	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

**Ortsvorsteher**

Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Ernst Hartig	
Herr Berthold Konar	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Georg Rost	
Herr Horst Schäfer	

**Vorsitzender des AB**

Herr Ramiz Arifi	
------------------	--

**Schriftführer/in**

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

**von der Verwaltung**

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

**Zuschauer/innen**

15	
----	--

**Vertreter der Presse**

---	
-----	--

**Entschuldigt waren:****SPD-Fraktion**

Frau Karin Schneider	
----------------------	--

**CDU-Fraktion**

Herr Thomas Große	
Herr Hartmut John	
Frau Julia Witthüser	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Claudia Fiedler	
----------------------	--

**FDP-Fraktion**

Herr Klaus Volkmar	
--------------------	--

**Ortsvorsteher**

Herr Walter Hoefel	
--------------------	--

**Beginn der Sitzung:****19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****20:43 Uhr**

---

**Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

- |   |           |
|---|-----------|
| 12. Magistratsbericht   | Seite 340 |
| 13. Antrag der Partei Die Linke betr. Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“  | Seite 343 |
| 14. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege<br>Berichtszeitraum: 2012   | Seite 350 |
| 15. Jahresabschluss der Kreisstadt Eschwege zum 31.12.2011<br>hier: Ergebnisverwendung der kostenrechnenden Einrichtungen                     | Seite 351 |
| 16. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011 der<br>Kreisstadt Eschwege<br>hier: Beratung und Beschlussempfehlung | Seite 353 |
| 17. Wirtschaftsplan des Baubetriebshofes für das Jahr 2014  | Seite 355 |

- |  |           |
|--|-----------|
| 18. Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Erarbeitung eines Konzepts zum Begehen des 25-jährigen Jubiläums des Mauerfalls in Eschwege | Seite 356 |
| 19. Anregungen   | Seite 363 |

Stv.-Vorst. Montag:

"Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 2. Sitzung im Jahr 2014 und zur 29. Sitzung in dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier in der Stadthalle. Ich wollte die Presse begrüßen, die ist noch nicht da, das kann ich nachholen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Am --- verstarb Herr - im Alter von - Jahren. - gehörte der SPD-Fraktion von 1997 bis 2006 an und war unter anderem im Finanzausschuss, im Personalausschuss, in der Sportkommission, in der Betriebskommission der Alten- und Pflegeheime, im Verbandswasserwerk und auch bei der Verbandsversammlung des KGRZ und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Werra-Meißner-Kreises Mitglied. - hat sich immer für die großen Ziele der Stadt Eschwege eingesetzt und hat Eschwege auch in seinem Beruf - immer hervorgehoben und war mit Begeisterung dann in seinem Haus in -. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und eine Schweigeminute für einzulegen.“

**Es folgt die Schweigeminute.**

Stv.-Vorst. Montag:

„Ich bedanke mich, dass Sie sich zu Ehren von - von Ihren Plätzen erhoben haben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Dankeschön.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Bevor ich in die heutige Sitzung eintrete, möchte ich auch noch einen besonderen Gast in unserer Mitte begrüßen. Es ist ja guter Brauch geworden, dass Angehörige des Aus- und Fortbildungszentrums der Bundespolizei Eschwege hier unsere Sitzungen besuchen. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass auch die gegenseitige Zusammenarbeit mit der Bundespolizei immer herausragend und beispielhaft war und auch immer noch ist. Nun hat es an der Spitze des AFZ einen Wechsel gegeben. Wir haben - hier verabschieden können und dürfen heute seinen Nachfolger, Herrn -, bei uns herzlich begrüßen. Sehr geehrter -, ich wünsche Ihnen und mir, dass die gute und hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem AFZ und der Kreisstadt Eschwege unter Ihrer Regie weitergeführt wird und lade Sie schon heute, um das alles ein bisschen näher kennenzulernen, hier in der Kreisstadt, zum Johannistag, insbesondere zum Empfang des Maienzuges und zum Umtrunk der städtischen Gremien am Johannistag-Samstag, recht herzlich ein. Herr - möchte nun noch ein paar Worte an uns richten. Bitteschön, Sie haben das Wort.“

Es folgt die Vorstellung.

=

Stv.-Vorst. Montag:

„Dankeschön, Herr -. Ich wünsche Ihnen immer eine gute Hand bei Ihren dienstlichen Handlungen und ich denke, wir werden uns das eine oder andere Mal über den Weg laufen. Ich freue mich auf gute Zusammenarbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur heutigen Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen Bekanntmachung mit der Tagesordnung erfolgte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 05.04.2014.

-.

Ich stelle fest, dass wir beschlussfähig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen. Gibt es Anträge zur Tagesordnung oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche?“

**Beschluss:**

Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

**Einstimmig angenommen.**

Stv.-Vorst. Montag:

„Wir haben noch über das Protokoll vom 13.02.2014 abzustimmen. Wer dem Protokoll zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Das Protokoll der Sitzung vom 13.02.2014 wird genehmigt.

**Einstimmig angenommen.**

Stv.-Vorst. Montag:

Ich gratuliere allen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, recht herzlich.

Stv.-Vorst. Montag:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nun in die Tagesordnung für den heutigen Abend eintreten. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1 "Magistratsbericht". Das Wort hat Herr Bürgermeister Heppe."

**12. MAGISTRATSBERICHT**

**- TOP 1 –**

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, verehrte Gäste!

Bevor ich in den Bericht eintrete, noch einmal herzlichen Dank für Ihre freundliche Vorstellung hier Herr -. Ich denke, es ist gut, richtig und wichtig, dass der Leiter des Aus- und Fortbildungszentrums und damit einer der wichtigsten Arbeitgeber in dieser Stadt und auch ein Aushängeschild dieser Stadt, auf das wir stolz sind, sich hier vorstellt. Herzlichen Dank dafür und Ihnen für die Zukunft alles Gute und auf gute Zusammenarbeit.

**1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung**

**-11-**

Bezüglich der Berichtspflicht des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Punkte zu nennen:

- **Gestaltungssatzung für die Eschweger Innenstadt**

Der Gestaltungsbeirat hat den Arbeitsentwurf dieser Satzung in seiner Sitzung am 27. Februar 2014 beraten. Der Entwurf wird derzeit wegen der vorliegenden Hinweise und Anregungen überarbeitet. Zusätzlich werden einzelne Fragestellungen und geplante Regelungen im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des innerstädtischen Einzelhandels und der Gastronomie erörtert, so dass wir dann auch diese Belange mit in einem dann hier den Gremien vorzulegenden Entwurf einarbeiten können.

- **Gestaltung Kreisel Leimentor**

Die drei ausgewählten Vorschläge, die es gab, werden derzeit u. a. bezüglich der konkreten Ausgestaltung, der Umsetzbarkeit und der Kosten geprüft. Als Zwischenlösung bis zur endgültigen Umsetzung wird auf dem Kreisverkehrsplatz im April – so wie wir das im letzten Jahr auch gemacht haben – zunächst eine Blumenmischung, die Eschweger Mischung, gesät.

- **Energiebericht**

Der Energiebericht ist in der Zwischenzeit vorgelegt worden, nämlich in der Sitzung des Umweltausschusses am Mittwoch, dem 22.01.2014, -

Der nächste Energiebericht wird bereits schon wieder vorbereitet. Die Daten werden gesammelt. Die Gespräche finden statt, und er soll bereits Ende November 2014 dem Umweltausschuss dann vorgestellt werden.

## **2. Rahmenplanung Wiesenstraße / Torwiese / Leuchtberge / Werratalsee** **-41/11-**

Sie haben ja diesen Rahmenplan kürzlich beschlossen, hier in diesem Haus, und der Magistrat war nicht untätig. Kürzlich hat nämlich der Magistrat in Bezug auf diese Rahmenplanung einen Vor-Ort-Termin mit den Vereinen entlang der Werra wahrgenommen. Vertreter des Rudervereins, des Anglervereins und des Kanuclubs waren vertreten, ebenso Mitarbeiter des FD Stadtplanung. Die Grundstücksverhältnisse wurden angesprochen, das Gelände in Augenschein genommen, und es fand ein reger Austausch über das Für und Wider statt. Dem Magistrat ist daran gelegen, hier eine konsensfähige Lösung zu finden, die allen Interessen gerecht wird, sowohl dem planerischen Interesse an einem Uferweg, als auch den sportlichen Interessen der Vereine. Sämtliche Schritte, die zu unternehmen sind, wollen wir auch künftig im Dialog, im Miteinander, gehen. Der Magistrat ist sich einig, den Werraufer-Weg in einem ersten Schritt möglichst bis zur Fußgängerbrücke hin zu realisieren.

Hierbei sollen aber die Interessen des Kanuclubs, der als sogenannte DKV-Station auch Kanuwanderer als Übernachtungsgäste hat, was wir aus touristischer Sicht begrüßen, möglichst mit Berücksichtigung finden, so dass wir hier hinsichtlich der dem Club leihweise überlassenen städtischen Fläche weitere Gespräche zu führen haben. Für die weitere Strecke soll dann eine detaillierte Planung vorgenommen werden, die dann im Hause erarbeitet wird. Sie sehen, dass wir den Beschluss zum Rahmenplan ernst nehmen und umsetzen, es ist dem Magistrat jedoch ein Anliegen, hier keine Fronten aufzubauen, sondern den Dialog und die Mitwirkung der anliegenden Vereine zu suchen, getreu dem Motto: „Mache Betroffene zu Beteiligten.“

## **3. Bewilligung einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock** **-2-**

Mit Bescheid vom 17. Dezember 2013 gewährt uns das Hessische Ministerium des Innern und für Sport eine Zuweisung in Höhe von 50.000 € aus dem Landesausgleichsstock für die Interkommunale Zusammenarbeit des städtischen Baubetriebshofes mit dem Baubetriebshof der Gemeinde

Berkatal. Die Annahme des Bescheides erfolgte im Januar. Die Zuweisung ging bei der Stadt Anfang März ein. Mit der Gemeinde Berkatal wurde eine Teilung der Zuweisung vereinbart. Die der Stadt zustehende Hälfte, nämlich die 25.000 €, sind dem städtischen Baubetriebshof zur Verfügung gestellt worden.

#### **4. Auftragsvergaben**

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben. Ich gebe das wie gewohnt gerundet wieder, die genauen Zahlen entnehmen Sie dann bitte dem Protokoll:

- Erneuerung der Hard- und Software für das Prozessleitsystem Zentralkläwerk Eschwege 30.668,59 €  
sowie
  - Auftragserweiterung über die Arbeiten der Stadt Eschwege bei der Baumaßnahme Kanalsanierung im Teilbereich der Reichen-sächser Straße im Zuge der gemeinsamen Baumaßnahme B 452 195.000,00 €
- Gesamtsumme: 225.668,59 €**

Schönen Dank.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Sie haben den Magistratsbericht gehört. Herr Fiege hat sich zu Wort gemeldet.“

#### Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, zum Punkt B wollte ich noch eine Anmerkung loslassen. Also erstmal wunderbar, dass jetzt, nach ein paar Jahren, die möglichen Betroffenen beteiligt werden, was den begleitenden Werraufer-Weg angeht. Gott sei Dank, dass wir da jetzt auf die richtige Spur kommen.

Aber einen Punkt möchte ich jetzt konkret anregen. Ich habe mir überlegt, ob ich das nachher bringe oder jetzt, aber jetzt passt es inhaltlich. Der Beginn dieses Weges, den wir ja alle wollen, abgestimmt wollen, und mit möglichst wenig Beeinträchtigung Betroffener, der fängt am Felsenkeller an. Am Felsenkeller stehen immer noch die Poller, diese Betonpoller, diese dicken Dinger, die jetzt wirklich anfangen, nach der Reihe im sumpfig gewordenen Boden abzukippen. Das macht ein unheimlich gutes Bild, wenn man von Wanfried kommt und radelnd in die Stadt einfährt. Das dürfte nicht viel kosten, bitte so schnell wie möglich diese Dinger zu entfernen und, wenn es dort verkehrssicherungspflichtige Probleme gibt, dann macht man da halt einen ortsbildangepassten Holzzaun hin. Das wäre meine Bitte an der Stelle. Vielen Dank.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Fiege. Ich hätte auch noch eine Nachfrage. Herr Bürgermeister, gibt es einen neuen Bewilligungsbescheid? Bekommen wir da jährlich einen Bewilligungsbescheid für den Baubetriebshof in Berkatal? Das haben Sie schon mal hier berichtet. Ich bin jedenfalls schon informiert über diesen Bescheid. Ich habe jetzt gedacht, wir hätten noch einmal Geld gekriegt.“



Bgm. Heppe:

„Nein, haben wir nicht.“

Stv.-V. Montag:

„Gut, also nur eine einmalige Zahlung.  
Gibt es weitere Wortmeldungen zum Magistratsbericht?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann stelle ich fest, dass wir vom Magistratsbericht Kenntnis genommen haben.  
Ich schließe den Tagesordnungspunkt 1.“

### **13. ANTRAG DER PARTEI DIE LINKE BETR. BEITRITT ZUM BÜNDNIS „VERMÖGENSSTEUER JETZT“**

**- TOP 2 -**

**- 11 -**

---

Stv.-V. Montag (als Vorsitzender des Hauptausschusses):

Dieser TOP ist in den Hauptausschuss überwiesen worden, und ich werde Ihnen aus dem Ausschuss berichten. Möchte jemand, dass ich hier vorne vertreten werde? Dann werde ich meinen Platz räumen und an das Rednerpult gehen. Das ist augenscheinlich nicht der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass es jetzt nicht zu einer längeren Diskussion kommt, weil wir die Sache schon ausführlich im Ausschuss diskutiert haben, und jetzt ist sie ja wieder hier in der Stadtverordnetenversammlung gelandet, weil aus dem Hauptausschuss berichtet werden muss.

Der Antrag der Partei Die Linke wurde am 06.02.2014 in einer Sitzung des Hauptausschusses beraten. Der Stadtverordnete Gassmann trat Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung entgegen. Er erläuterte, dass nicht über den Grundsatz der Vermögenssteuer debattiert werden sollte, vielmehr sollte den Stadtverordneten die Möglichkeit gegeben werden, über die Resolution Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Die Resolution sei ein gutes Instrument, um zum Ausdruck zu bringen, dass die Finanzen der Kommunen gestärkt werden müssen. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass unter anderem auch die Städte Waldkappel, Göttingen, der Werra-Meißner-Kreis und der Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie weitere Kommunen dem Bündnis beigetreten wären. Bei der Diskussion im Ausschuss zeigte man durchaus Sympathie für den Vorgang, gab aber zu bedenken, dass es sich bei der Vermögenssteuer um eine Bundessteuer handle und bundespolitische Themen aus der kommunalen Diskussion herausgehalten werden sollten. Es fehle an der Zuständigkeit. Weiter wurde davor gewarnt, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit Themen auseinandersetzt, von denen sie nicht unmittelbar, sondern nur höchst mittelbar betroffen sei. Schließlich sei auch fraglich und nicht absehbar, inwieweit die Kommunen von der Reaktivierung der Vermögenssteuer direkt profitieren würden. Seitens der CDU-Vertreter wurde ausgeführt, dass der Aufwand zur gerechten Erhebung der Vermögenssteuer zu groß sei. Die Stadtverordnetenversammlung habe kein allgemeinpolitisches Mandat und es gebe andere Wege, um eine zusätzliche Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen. Das Bündnis sei auch für die CDU der falsche Weg. Bündnis 90/Die Grünen

erhoben ebenfalls Zuständigkeitsbedenken. Zum Abschluss wies Stadtverordneter Gassmann als Antragsteller darauf hin, dass die Eschweger Stadtverordnetenversammlung nicht für die Reaktivierung der Vermögenssteuer zuständig sei, widersprach aber der Argumentation, dass die Stadt Eschwege nur mittelbar betroffen sei. Er erläuterte den Ausschussmitgliedern gegenüber, dass nach Schätzungen 20 Mrd. € Vermögenssteuer erhoben werden würden, insgesamt, so dass die Stadt Eschwege eine Zuweisung von 5 Mio. € erhalten könne. Der Hauptausschuss fasste dann nach Abschluss der Diskussion den folgenden Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, den Antrag der Partei „Die Linke“, wonach die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, dass die Kreisstadt Eschwege dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ beitrete, abzulehnen. Der Antrag soll in der übernächsten Stadtverordnetenversammlung, also am 06.03.2014, abschließend beraten werden.

Soweit mein Bericht mit dem Beschlussantrag oder der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses.

Gibt es weitere Wortmeldungen?“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was eben der Vorsitzende vorgetragen hat, entspricht in der Tat im Großen und Ganzen dem, was in der Ausschusssitzung besprochen worden ist. Ganz kurz ein Hinweis noch. Wenn es heißt, einstimmig beschlossen, dann muss man wissen, dass die kleinen Fraktionen kein Stimmrecht haben, deswegen heißt einstimmig immer nur, dass die großen Fraktionen CDU, SPD und Grüne da entsprechend gestimmt haben.“

StK. Brill:

„Sie haben keinen Sitz.“

Stv. Gassmann:

„Zweitens möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich das, und das möchte ich noch einmal betonen, dass es einfach nicht in Ordnung ist, wenn man sich hier aus formellen Gründen einer Entscheidung in der Sache entziehen will. Sie wollen sich aus formellen Gründen einer Entscheidung in der Sache entziehen. Mich wundert das Verhalten von der CDU. Das muss ich Ihnen ganz offen sagen, Herr Schneider, Herr Hamp. Was hat Sie denn geritten, SPD und Grüne aus der Verantwortung zu entlassen und sich auf formelle Dinge zu begrenzen? Warum sorgen Sie nicht dafür, dass in der Sache selber entschieden wird? Da hätten wir eine interessante Abstimmung hier zu erwarten. Da bin ich mir ganz sicher. Das Ausweichen auf formelle Gründe lasse ich nicht gelten. Außerdem muss man mal eins ganz klipp und klar sagen. Es ist das gute Recht des Parlaments, es ist das gute Recht der Stadtverordnetenversammlung, durch eine Resolution oder durch was auch immer, auf die Landes- und die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen Druck zu machen, in entsprechende Richtungen zu werkeln. Das ist nichts Außergewöhnliches. Es ist was ganz Normales. Das ist das gute Recht, das ist das originäre Recht der Stadtverordnetenversammlung. Wir können sehr wohl entscheiden, jawohl, wir fordern euch auf, im Land und im Bund, euch für die Vermögenssteuer stark zu machen. Das hätten wir sehr gut machen können.

Der Erste Stadtrat Reiner Brill hat angekündigt, dass die Gebühren und die Abgaben noch weiter massiv erhöht werden, und dass Leistungen weiter eingeschränkt werden. Ich sage da ganz deutlich, Ausgabenkürzungen und die Erhöhung der Gemeindesteuern und Gebühren treffen ganz besonders die sozial Schwachen, das sind die Geringverdiener, das sind die Armen, das sind die Kinder, das sind die Familien, die besonders hart getroffen werden. Die Grundsteuer bis auf 800 % anzuheben bedeutet, die Grundsteuer ist die Vermögenssteuer des kleinen Mannes. Ich wiederhole mich. Grundsteuer ist die Vermögenssteuer des kleinen Mannes. Er kann sich dem nicht entziehen. Die Grundsteuer wird fällig, unabhängig davon, ob ein Ertrag da ist. Die wird einfach gezahlt. Die Gewerbesteuer ist er-

tragsabhängig. Die zahlen nur diejenigen, die Gewinne machen. Und deswegen wundert mich die Aussage des Ersten Stadtrates, er werde in seiner jetzigen Funktion einer Gewerbesteuer immer entgegenstehen. Herr Stadtrat, dann stellt sich die Frage, wie Sie reagieren, wenn Sie denn erstmal Bürgermeister sind, ob Sie dann immer noch dagegen sind. Ich bezog Ihre Absage nur auf Ihren Status als Erster Stadtrat, vielleicht ändert sich das.

Meine Damen und Herren die Situation möchte ich trotzdem aus meiner Sicht noch einmal aufzeichnen. Die Wirtschaft in Deutschland brummt. Die Steuereinnahmen fließen in Massen, die Steuerquellen sprudeln regelrecht, so wie noch nie. Darüber hinaus hat dieses Haus die Gemeindesteuern massiv erhöht, Ausgaben wurden zusammengestrichen, an der Infrastruktur wird immer mehr und mehr gespart, das heißt, wir haben also eine Situation, wo eigentlich Überschüsse erwirtschaftet werden. Trotz aller Maßnahmen, trotz aller Erhöhungen, trotz aller Kürzungen, trotz aller Einsparungen haben wir ein strukturelles Defizit von mehreren Millionen Euro. Ich sage für die Linke ganz eindeutig, wir werden es nicht schaffen, aus eigener Kraft aus diesem Dilemma herauszukommen, und wenn wir die Grundsteuer auf 1.000 % anheben, wir kommen nicht da raus. Sparen muss sein, gar keine Frage, aber wir müssen auch Druck machen auf die Landesregierung, Druck machen auf die Bundesregierung, dass die sich für die Vermögenssteuer stark machen. Die Vermögenssteuer ist eine Landessteuer, die durch Bundesgesetz festgesetzt wird, aber das Aufkommen gehört dem Land, und das Land hat mit diesen Steuermitteln die Möglichkeit, durchaus mehr in die Bildung zu investieren und auch mehr in die Finanzausstattung der Kommunen zu investieren. Deswegen sollten wir diese Chance annehmen.

Der Vorsitzende vom Hauptausschuss hat auch schon darauf hingewiesen, dass nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Vermögenssteuer eine Mehrsteuer von über 20 Mrd. € bedeuten würde. Das bedeutet ja nicht, dass die Stadt Eschwege 5 Mio. € dann tatsächlich auch kriegt, aber rein rechnerisch würde es, nur um die Dimensionen zu verdeutlichen, für die Stadt Eschwege 5 Mio. € Einnahmen bedeuten. Wenn davon tatsächlich bei uns 2 Mio. € ankämen, da wäre uns massiv geholfen, und deswegen sage ich, die Einführung der Vermögenssteuer ist eine zwingende Maßnahme, eine von vielen. Es gibt auch andere. Deswegen fordere ich die Grünen auch auf und auch die CDU, ihre Blockade gegen die Vermögenssteuer langsam mal zu überdenken. Es ist natürlich klar, wir müssen auch gegen Steuerhinterziehung vorgehen, wir müssen auch gegen Steuerverlagerungen ins Ausland vorgehen, das ist gar keine Frage, nur weiß ich nicht, wie die Schwarz-Grüne Regierung in Hessen es schaffen will, wenn 1.800 Stellen gekürzt werden sollen. Wie soll das funktionieren? Das passt nicht zusammen. Also, die Vermögenssteuer ist meines Erachtens eine ganz wichtige Sache, wo wir von der Basis aus Druck machen müssen. Wer sagt, die Vermögenssteuer sei zu kompliziert, der irrt. Wir haben ein Vermögenssteuergesetz, das rechtlich abgesichert ist. Wir haben ein Vermögenssteuergesetz, das in allen seinen Einzelheiten durch die Gerichte über Jahrzehnte hinweg bestätigt worden ist. Wir haben ein gültiges Vermögenssteuergesetz. Das einzige, was verfassungswidrig war, war die Besteuerung der Grundstücke, und die Besteuerung der Grundstücke heute zu gewährleisten, ist ein Kinderspiel, Herr Jung. Die Bewertung von Grundstücken ist jetzt schon in der heutigen Zeit durch die Erbschaftssteuer und durch die Schenkungssteuer gewährleistet. Wir haben ein Bedarfswertverfahren. Ich bin beim Finanzamt, deswegen weiß ich, dass das gang und gäbe ist, dass das durch höchste Gerichte abgesichert ist. Wir haben also jetzt schon die Situation und die Möglichkeit, Grundstücke ordnungsgemäß zu bewerten. Deswegen ist das, was damals vom Verfassungsgericht verworfen worden ist, heute kein Thema mehr, und die Vermögenssteuer ist eine Steuer, die quasi als Selbstveranlagungssteuer daherkommt, deswegen brauchen wir uns da nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, dass es ein wirklich großer Aufwand werden würde. Das sehe ich nicht so. Es ist realisierbar, es ist machbar.

Zum Schluss noch eine Darstellung der sozialen Hintergründe einer Vermögenssteuer.“

Stv.-V. Montag:

„Herr Gaßmann, ich bitte Sie, dann zum Ende zu kommen. Die zehn Minuten sind fast um.“

Stv. Gassmann:

„Eigentum verpflichtet, steht im Grundgesetz. Meine Damen und Herren, wozu? Offenbar zu gar nichts. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, aber die Kluft zwischen Arm und Reich ist in Deutschland so tief, wie in keinem anderen EU-Land. Das ist aber unbestritten festgestellt, und da brauchen wir gar nicht darüber zu diskutieren. So ist es. Auch Robert Schiller, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, sagt, die Schere zwischen Arm und Reich ist das größte ökonomische Problem des 21. Jahrhunderts.“

Stv.-V. Montag:

„Herr Gassmann, die zehn Minuten sind um.“

Stv. Gassmann:

„Dann sagt er, wir werden nicht umhin kommen, die Reichen stärker zu besteuern. Einen Spitzensteuersatz von bis zu 90 % hält der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften für durchaus notwendig, wenn es darauf ankommt.“

Stv.-V. Montag:

„Herr Gassmann, danke für Ihren Beitrag, aber jetzt ist die Zeit abgelaufen. Ich muss schon darauf achten, dazu verpflichtet mich unsere Geschäftsordnung, die Sie selbst mit abgestimmt haben. Ich habe eben gesagt, den letzten Satz, und dann müssen Sie sich auch mal daran halten oder mir zumindest signalisieren, jetzt ist aber auch Schluss.“

Stv. Gassmann:

„Zwei Sätze noch. Grundsteuer ist die Vermögenssteuer der kleinen Leute. Haben Sie den Mut, sich auch für die Besteuerung der Reichen und Superreichen einzusetzen, sorgen Sie mit dafür, dass es ein bisschen gerechter wird in Deutschland. Üben Sie mit dieser Entscheidung endlich mal Druck auf die da oben aus.“

Stv.-V. Montag:

„Das waren drei Sätze. Dankeschön Herr Gassmann. Das Wort hat Herr Hamp. Der Magistrat hat sich zunächst gemeldet, Herr Brill.“

StK. Brill:

„Herr Hamp, das tut mir leid. Eigentlich wollte ich gar nichts dazu sagen, aber dadurch, dass ich direkt angesprochen worden bin, doch drei kurze Bemerkungen.“

Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung, steht mir eigentlich nicht zu, ich sage es aber an der Stelle trotzdem nochmal. Das Thema, warum man sich eigentlich auch aus formalen Gründen mit diesem Antrag nicht beschäftigen sollte. Ich sage das mal in aller Deutlichkeit. Es gab in der Vergangenheit hier eigentlich einen Konsens zwischen allen Fraktionen, dass wir uns auf die Dinge im Hause beschränken, die wir auch direkt beeinflussen können. Wenn wir jetzt anfangen, über die Vermögenssteuer zu reden, dann können wir auch anfangen, über die Rente mit 63 zu reden, da können wir auch anfangen, über den Mindestlohn zu reden, da können wir über die doppelte Staatsbürgerschaft reden und, und, und. Ich glaube, das macht wenig Sinn.

Zweite Bemerkung, Herr Gassmann, wir sind uns doch an der Stelle völlig einig. Es geht darum, dass die Kommunen eine angemessene Finanzausstattung brauchen, das ist überhaupt gar keine Frage, und dass wir schlecht ausgestattet sind, da sind wir uns einig, und dass an der Stelle sowohl in Wiesbaden als auch in Berlin deutlich nachgebessert werden muss. Auch das ist gar keine Frage. Ich will es nur noch einmal an zwei Zahlen deutlich machen. Wir haben ein Defizit im Haushalt 2014 von 2,3 Mio. €. Für Kindertageseinrichtungen geben wir aus Finanzierung/Defizit 2,5 Mio. €, 2,5 Mio. € der Kreisstadt Eschwege. Das heißt, wir haben vom Bund und auch vom Land eine Aufgabe übertragen bekommen, für die wir nicht die entsprechende Finanzausstattung kriegen, und das, Herr Gassmann, das muss die Zielrichtung eigentlich sein, für die wir uns gemeinsam hier einsetzen in Wiesbaden und Berlin. Zweiter Aspekt in dem Zusammenhang, auch das muss man sich einfach noch einmal vor Augen führen. Wir haben bei den Abschreibungen 2,75 Mio. € netto im Haushalt 2014, Defizit 2,3 Mio. €. Das heißt, wir müssen auch einmal darüber nachdenken, ob es nicht endlich mal eine gesetzliche Änderung gibt, was die Abschreibung anbelangt, weil das ist die Größenordnung, die uns ganz enorm belastet und unseren Ergebnishaushalt Jahr für Jahr da ins Defizit und ins Minus rauschen lässt.

Dritte Bemerkung, die Zahlen, die Sie eben gesagt haben, zum Thema Grundsteuer B, die stammen nicht von mir, weder die Zahl, die Sie genannt haben, noch eine Zahl, die vor kurzem in der Werra-Rundschau stand. Ich weise auch ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass sich seriös an dieser Stelle und zum heutigen Zeitpunkt auch keine Zahl dort benennen lässt oder kein Hebesatz benennen lässt. Das ist nämlich abhängig von der Entwicklung der Steuereinnahmen, und das ist natürlich abhängig davon, wie sich der kommunale Finanzausgleich 2016, wenn er denn reformiert ist, dann auch entwickelt, und es ist natürlich auch abhängig davon, welche Einsparpotentiale wir noch vornehmen. Wir haben natürlich eine mittelfristige Ergebnisplanung, eine Finanzplanung, da steht eine Zahl drin, die kennen wir, das wissen wir. Jeder, der das Haushaltssicherungskonzept kennt, und alle haben es mit beschlossen, kennt diese Zahl auch, aber die steht natürlich immer unter Vorbehalt, nämlich der Frage, wie entwickelt sich unsere Ausgaben- und Einnahmenseite. Das ist der entscheidende Punkt. Das sind die entscheidenden Parameter, und die können wir weder für 2016 noch für 2018 wirklich seriös voraussagen. Ich bin schon nach wie vor der Meinung, dass wir gucken müssen, zuerst mal sparen, dann gemeinsam auch dafür streiten, dass sich endlich im kommunalen Finanzausgleich was tut, und dass wir die Gelder bekommen, für die wir gesetzlich auch Verantwortung zu übernehmen haben und zu denen wir verpflichtet sind. Und dann können wir uns darüber unterhalten, ob wir ggf. auch noch Steuern erhöhen und Bürger belasten müssen. Da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Gassmann. Ich möchte das auch nicht. Ich möchte möglichst, ich denke, wie alle andere in diesem Hause auch, keine weiteren Steuererhöhungen. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Brill, jetzt Herr Hamp, bitteschön.“

Stv. Hamp:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zunächst einmal greife ich auf, was Sie zuletzt gesagt haben. Seit über 40 Jahren versuche ich, ein Jurist zu werden, aber so eine schnelle Analyse eines Verfassungsgerichtsurteils ist mir noch nie gelungen. Respekt, Herr Gassmann. Die Stadtverordnetenversammlung ist in der Tat für die Entscheidung einer solchen Frage überhaupt nicht zuständig. Das hat nichts mit Formalien zu tun. Da kommt so was Abwertendes. Nein, das hat damit zu tun, dass wir in einem Rechtsstaat leben, und Gott sei Dank leben wir in einem Rechtsstaat, und das soll auch so bleiben. Ein Bundesgesetz entscheidet am Ende auch, wo eine Steuer mal landen kann oder nicht. Hier zu unterstellen, dass Bund und Land absichtlich irgendwelche Leute in Anspruch nehmen, andere absichtlich irgendwo nicht, das hat nicht den Gegenstand einer Erörterung in diesem Hause, und der Beschlussfassung obliegt es überhaupt nicht. Dann sagen Sie, wir wollen diesem Bündnis doch beitreten. Was ist das für ein Bündnis? Was ist das für ein Verein? Sie sagen uns ja nicht mal, was das ist, verlangen aber von den Kolleginnen und Kollegen, darüber zu entscheiden. Weil Sie mich persönlich angegangen haben, Herr Gassmann, Zahlenspiele der Linken, und das hat Tradition seit 1946 bei Ihnen, die halten belastbaren Überprüfungen mit der Wirklichkeit nicht Stand.“

Sie nennen sich anders. Ihre Kompetenz oder Ihre fehlende Kompetenz hat sich in der Zeit auch nicht geändert. Ich komme früher zum Schluss als Sie. Ein sehr wohlfeiler Antrag, blumige Versprechen auslösend, Hoffnung, im Gelde demnächst schwimmen zu können, die kann man ganz einfach abfordern, das fällt einem sehr leicht, wenn man nämlich selbst dafür nicht Verantwortung übernehmen muss, wenn man selbst dafür nicht einstehen muss, wenn man selbst überhaupt keine Verantwortung dafür trägt. Wir werden abstimmen, und zwar frei abstimmen. Bei uns gibt es keinen Fraktionszwang.

Ganz am Ende ist mir noch etwas eingefallen, dass kenne ich noch aus den Fachschaftssachen, wenn an den Unis gewählt wurde, da gab es auch eine Sponti-Fraktion. Wissen Sie, was die für einen Wahlspruch hatten? „Freiheit für Grönland, weg mit dem Packeis.“ Das hat genauso viel Wert wie Ihr Vorschlag. Schönen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Hamp, Herr Heinz bitte.“

Stv. Heinz:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind alle ein bisschen im Begriff, dem Herrn Gassmann und der Linken hier auf den Leim zu gehen. Es passiert genau das, was eigentlich nicht hätte passieren dürfen. Ich wiederhole mich, hat Herr Gassmann gesagt, und jetzt zwingt er uns dazu, zu sagen, ich auch, ich auch, ich auch. Es spielen alle dasselbe Spiel und sorgen dafür, dass er hier eine Bühne findet für seinen populistischen Auftritt und sich hier zu gerieren als der Anwalt der kleinen Leute und dabei dann eben auch die kommunalpolitische Verantwortung, wofür wir eigentlich gewählt worden sind, hinten anzustellen. Ich habe gedacht, dass im Ausschuss diese Geschichte letztendlich abschließend behandelt worden ist. Alle Argumente sind dort ausgetauscht worden. Es ist ein abschließender Beschluss herbeigeführt worden. Herr Gassmann ist mit seinem Antrag da krachend gescheitert. Da ist jetzt diese Diskussion hier eigentlich völlig obsolet. Das ist ja eigentlich auch der Beweis dafür, warum wir sagen, wir sollten uns mit solchen Dingen nicht beschäftigen, wir sind jetzt fast eine halbe Stunde dabei, uns mit einer Leiche zu beschäftigen, mit einer Sache, die im Ausschuss schon beerdigt worden ist. Dass die Vermögenssteuer eine Sache ist, die durchaus im Rahmen der Verteilungsgerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung gehört, ist ja unbestritten. Es bleibt aber auch dabei, dass wir als Kommune dafür überhaupt nicht zuständig sein können und das Ganze jetzt nicht noch einmal aufwärmen müssen. Wir können genauso gut, Herr Brill hat es auch schon gesagt, uns mit Dingen beschäftigen wie, wir erhöhen den Mindestlohn noch einmal auf 10 € oder wir fordern die Landesregierung auf, mehr für Schulen und Bildung und Kindertagesstätten bereitzustellen, das können wir alles machen. Erfolg haben werden wir damit nicht. Das wird alles verpuffen. Wir legen populistische Auftritte hin, aber wir werden unserem eigenen Auftrag nicht gerecht, nämlich hier im Rahmen unserer Möglichkeiten für diese Stadt und ihre Bürger sinnvolle und tragfähige Lösungen für ihre Probleme zu finden. Dankeschön.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Heinz.“

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Dann habe ich noch einen Hinweis, wie wir, wie es Herr Heinz eben gesagt hat, dem begegnen könnten. Die Stadtverordnetenversammlung hat das Instrument, den Ausschuss mit einer abschließenden Beratung eines TOP zu beauftragen. Dann würde nur aus dem Ausschuss hier berichtet, wie die Sache im Ausschuss entschieden und abschließend abgestimmt wurde. Wenn die Vorgehensweise hier in der Stadtverordnetenversammlung abgestimmt wurde, und die Stadtverordnetenversammlung ist der Souverän hier, dann kann es abschließend im Ausschuss beraten und abgestimmt werden. Es würde hier nur noch vom Ausschuss über das Ergebnis berichtet werden.

Herr Gassmann, Sie haben das Wort.“

Stv. Gassmann:

„Dankeschön. Der Antragsteller hat das Schlusswort, nicht wahr?

Wenn ein Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird, hat die Stadtverordnetenversammlung über diesen Antrag zu entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung kann nur mit Zustimmung des Antragstellers den Antrag in die Ausschüsse zur abschließenden Beratung weiterleiten, nur mit Zustimmung des Antragstellers. Erteilt er die Zustimmung nicht, muss die Stadtverordnetenversammlung über diesen Antrag abstimmen. Ich wiederhole mich schon wieder. Ich finde es traurig, dass man sich hier auf Formalitäten zurückzieht und nicht die Sache an sich in den Vordergrund stellt. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Gassmann. Die Sache kann man natürlich bereden, aber muss man nicht hier machen, weil wir nicht zuständig sind. Das ist ein interessantes Thema, da gebe ich Ihnen Recht, aber es geht ja auch darum, jetzt habe ich noch einmal das Wort, dass wir dem Bündnis beitreten sollen. Der Beschluss lautet nichts anderes, als einem Bündnis im Internet beizutreten, oder dem sollen wir beitreten. Das ist die ganze Diskussion. Sie haben erst das Inhaltliche darin aufgebaut, und jetzt ist es genug.“

Stv. Gassmann:

„Ich stelle dann noch einen Ergänzungsantrag. Ich stelle den Antrag, namentlich abzustimmen.“

### **Bemerkung aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Gassmann:

„Eine namentliche Abstimmung ist dann zulässig, wenn eine gewisse Wichtigkeit gegeben ist.“

Stv.-V. Montag:

„Ich unterbreche die Sitzung für 5 Minuten, um mich rechtlich in unserer Geschäftsordnung zu versichern, wie das Verfahren abzulaufen hat.  
5 Minuten Pause!“

### **Die Sitzung wird von 19:45 Uhr bis 19:50 Uhr unterbrochen.**

Stv.-V. Montag:

„Bitte nehmen Sie wieder Ihre Plätze ein.  
Kann jemand mal draußen Bescheid sagen, dass die Raucher wieder reinkommen? So laut kann ich ja nicht klingeln.  
Ich bitte, wieder Platz zu nehmen.“

Es ist jetzt 19:50 Uhr. Ich möchte die Sitzung fortsetzen.

Herr Gassmann, Sie haben unsere Geschäftsordnung vorliegen. Ich habe nachgeschaut. Der § 25 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung sagt: „Auf Antrag einer Fraktion“, die sind Sie nicht, „oder mindestens eines Viertels der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten wird namentlich abgestimmt“. Das wären 9, wenn die zustimmen würden. „...dann wird über das Verfahren gesprochen.“, das ist der entscheidende Satz, das ist der Satz 1 im § 25 Abs. 5. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer für eine namentliche Abstimmung ist, bitte ich um das Handzeichen.“

### **Beschluss:**

Über den Antrag der Partei Die Linke wird namentlich abgestimmt.

**Mit 1 Ja-Stimme und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.**

### **Stv.-V. Montag:**

„Vielleicht noch zur namentlichen Abstimmung, eben wurde gesagt, wir haben ja dann eine Wahlurne vergessen. Die hätten wir auch nicht gebraucht. Eine namentliche Abstimmung ist dann so, dass der einzelne Name aufgerufen wird, und jeder sagt Ja oder Nein oder hebt die Hand, und ich zähle das dann.

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

### **Stv.-V. Montag:**

„Dann komme ich zur Abstimmung.

Wer dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ beitreten will, wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen.“

### **Beschluss:**

Die Stadt Eschwege tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ ([www.vermoegensteuerjetzt.de](http://www.vermoegensteuerjetzt.de)) bei.

**Mit 1 Ja-Stimme und 30 Nein-Stimmen abgelehnt.**

## **14. BETEILIGUNGSBERICHT DER KREISSTADT ESCHWEGE BERICHTSZEITRAUM: 2012**

**- TOP 3 -**

**- 2 -**

---

### **StK. Brill:**

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Stadtverordnetenvorsteher, Sie wissen es, die Hessische Gemeindeordnung schreibt uns vor oder sieht vor, dass wir jährlich über unsere Beteiligungen an Unternehmen berichten, Unternehmen, bei denen die Stadt mit mindestens 20 % beteiligt ist. Für das Geschäftsjahr 2012, um den Bericht geht es, sind das die Stadtwerke Eschwege, die Seniorenwohnheime Eschwege, die Erneuerbare Energien Eschwege, die Projektentwicklungsgesellschaft und die Kluthe gemeinnützige Förderungsgesellschaft.



Ich gehe davon aus, dass nicht nur die Mitglieder des Finanzausschusses sondern auch alle anderen anwesenden Stadtverordneten den Bericht sehr aufmerksam gelesen haben. Dann haben Sie auch festgestellt, dass sich im Berichtszeitraum die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, die ich eben gerade genannt habe, ich will mal sagen, nicht wesentlich verbessert hat, aber auch nicht gravierende Fehlentwicklungen festzustellen sind.

Ich will im Einzelnen mal auf folgende Dinge noch ganz kurz hinweisen. Was die Stadtwerke Eschwege angeht, Sie wissen, 100%ige Tochter der Kreisstadt, da hat sich die Anzahl der Mitarbeiter erhöht. Mehr Menschen sind dort beschäftigt, 98 gegenüber 93. Wichtiger Punkt in dem Zusammenhang ist, bei einer Bilanzsumme von 36,2 Mio. € in 2012, betrug der Jahresüberschuss noch 516.000 €, im Jahr davor 830.000 €, in 2010 1,2 Mio. €. Sie sehen, das ist eine Entwicklung, die nicht sehr erfreulich ist. Eigenkapitalquote dort noch 37,3 %, die war mal deutlich schlechter, wenn Sie sich daran erinnern, das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Zu Seniorenwohnheime Eschwege auch noch zwei Sätze. Bei einer Bilanzsumme von 1,3 Mio. € gerade mal noch ein Jahresüberschuss von 15.880 €. Wir sind immer froh, wenn wir da überhaupt eine schwarze Null schreiben. Der Jahresüberschuss ist auch dort in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.

Bei der Projektentwicklungsgesellschaft Eschwege GmbH gib es eine ähnliche Entwicklung. Die Bilanzsumme ist deutlich kleiner, 307.000 €, Jahresfehlbetrag in 2012 70.200 €. Wir hatten in den Jahren davor 2010 mit über 100.000 € und in 2011 mit knapp 39.000 € noch Jahresüberschüsse zu verzeichnen. Ich habe im Finanzausschuss darüber berichtet. Es hängt im Wesentlichen auch mit Mietausfällen zusammen, die dort in dem Jahr 2012 zu verzeichnen gewesen sind.

Letzte Bemerkung, Kluthe gemeinnützige Förderungsgesellschaft hat lediglich eine Bilanzsumme von 36.000 €, macht aber eine wichtige Arbeit, indem soziale, kulturelle Projekte unterstützt werden. Jahresüberschuss diesmal 1.000 €, eine positive Entwicklung, nachdem in den vergangenen Jahren immer ein leichter Jahresfehlbetrag zu verzeichnen gewesen ist.

Wir bitten um Kenntnisnahme des Berichtes. Der Bericht wird dann öffentlich ausgelegt, nämlich im Fachdienst 23 – Rechnungswesen. Dann können die Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Eschwege strömen und sich den Bericht angucken, vorher muss das Ganze noch amtlich bekannt gemacht werden. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Brill.

Wird zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort gewünscht?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme.

**15. JAHRESABSCHLUSS DER KREISSTADT ESCHWEGE ZUM 31.12.2011  
HIER: ERGEBNISVERWENDUNG DER KOSTENRECHNENDEN EINRICHTUNGEN**

- 2 -

- TOP 4 -

StK. Brill:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier sieht die HGO vor, dass über die Ergebnisverwendung der kostenrechnenden Einrichtungen, das ist Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und der Ordnungsbehördenbezirk, die Stadtverordnetenversammlung beschließt.

Sie haben den Beschlussvorschlag vor sich liegen. Daraus ergibt sich, dass das Jahresergebnis der Abwasserwirtschaft ein positives Ergebnis von gut 133.000 € aufweist. Wir empfehlen Ihnen, diesen Betrag der Rücklage Abwasserwirtschaft im Haushaltsjahr 2012 dann zuzuführen. Dieses gute Jahresergebnis, auch das habe ich gestern im Finanzausschuss noch einmal berichtet, hängt mit der Rückerstattung des Landes aus der Abwasserabgabe 2007/2009 zusammen. Die Rücklage insgesamt beträgt dann noch 814.000 €. Das ist Ihren Unterlagen jetzt nicht zu entnehmen, aber das ist eine Serviceleistung von mir, damit Sie das auch nochmal an der Stelle wissen.

Der Jahresabschluss „Kostenrechnende Einrichtung Abfallwirtschaft“ weist ein Defizit von knapp 45.000 € aus. Dies wird der Rücklage Abfallwirtschaft entnommen, so der Beschlussvorschlag. Das ist, ich weise noch einmal darauf hin, ein geplantes Defizit. Wir haben im Dezember 2010 ja auch beschlossen, dass die Gebühren abgesenkt werden, weil wir eine hohe Gebührenausschüttung gehabt haben, immer noch haben, und die abgeschmolzen werden sollte. Die Rücklage beträgt dann am 31.12.2012 490.000 €. Ich ergänze an der Stelle nochmal, wir haben Ende letzten Jahres 2013 noch einmal eine Gebührensenkung beschlossen, weil die Rücklage leider nicht so abgeschmolzen worden ist, wie wir es uns vorgestellt haben, weil wir so hohe Altpapiererträge haben.

Dritter Punkt Ordnungsbehördenbezirk, da haben wir ein Defizit von knapp 32.000 € erwirtschaftet. Ich habe das auch nochmal begründet, auch im Finanzausschuss, weil Mieterträge aus internen Leistungsbeziehungen da nicht veranschlagt worden sind, insgesamt 31.000 €, 32.000 € Verlust. Die Rücklage beträgt dann noch 22.000 €. Ich kann Ihnen berichten, die Entwicklung im Ordnungsbehördenbezirk ist positiv, was das Jahr 2013 anbelangt. Vielen Dank.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Brill, man kann also zum Papiersammeln aufrufen, das senkt Beiträge, sammeln Sie also fleißig Altpapier in die Blauen Tonnen, das hilft.

Das Wort hat jetzt der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Herr Heinz. Herr John ist erkrankt und war auch nicht in der Ausschusssitzung.“

#### Stv. Heinz (als Vorsitzender des Finanzausschusses):

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich glaube ich bin gar nicht stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. Das wäre mir neu.“

#### Stv.-V. Montag:

„Aber Vorsitzender des Finanzausschusses und damit zuständig.“

#### Stv. Heinz:

„Genau, Vorsitzender des Finanzausschusses, und da beide Ausschüsse gemeinsam zu diesem Thema getagt haben, übernehme ich jetzt den Bericht für den verhinderten Herrn John, dessen Job das eigentlich gewesen wäre.

Der Finanzausschuss hat zu diesem Thema, wie gesagt, gemeinsam mit dem Rechnungsprüfungsausschuss gestern Abend getagt und diese Thematik besprochen. Es handelt sich um einen ganz unspektakulären und ganz unstrittigen Vorgang. Überschüsse oder Fehlbeträge im Jahresergebnis der kostenrechnenden Einrichtungen Abfall, Abwasser, Ordnungsbehördenbezirk werden routinemäßig mit den Rücklagen verrechnet. Sinnvolle Handlungsalternativen sind eigentlich nicht zu sehen, deswegen gab es in den Ausschüssen auch keinen nennenswerten Diskussionsbedarf. Was mich persönlich gewundert hat, ist, dass ein insgesamt positives Jahresergebnis, wenn man alle drei kostenrechnenden Einrichtungen zusammennimmt, wie sich das dann negativ auf den Gesamthaushalt, auf das Jahresergebnis im Gesamthaushalt, auswirkt. Aber ich habe das jetzt kapiert. Das liegt also an den Buchungsregeln. Da waren ja Überschüsse erzielt worden, die können aber jetzt nicht mehr als Gewinn veranschlagt werden, sondern müssen dann eben in die Rücklagen ausgebucht werden, stehen damit nicht

mehr als Ertrag zur Verfügung. Sowohl der Finanzausschuss als auch der Rechnungsprüfungsausschuss empfehlen Ihnen jeweils einstimmig, ohne Enthaltungen, vorlagegemäß zu beschließen.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Heinz.  
Wird hierzu das Wort gewünscht?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer dem Beschlussvorschlag, so wie er Ihnen vorliegt, zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

1. Das Jahresergebnis der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserwirtschaft in Höhe von 133.345,36 € wird der Rücklage Abwasserwirtschaft im Haushaltsjahr 2012 zugeführt.
2. Das Jahresergebnis der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft in Höhe von - 44.602,29 € wird der Rücklage Abfallwirtschaft im Haushaltsjahr 2012 entnommen.
3. Das Jahresergebnis der kostenrechnenden Einrichtung Ordnungsbehördenbezirk in Höhe von -31.822,47 € wird der Rücklage Ordnungsbehördenbezirk im Haushaltsjahr 2012 entnommen.

**Einstimmig angenommen.**

**16. BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER  
2011 DER KREISSTADT ESCHWEGE  
HIER: BERATUNG UND BESCHLUSSEMPFEHLUNG**

- 2 -

- TOP 5 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Heinz, es gibt halt keine Sitzung des Finanzausschusses, wo man nicht noch was dazulernt. Das ist doch eigentlich sehr erfreulich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben ein umfangreiches Werk vor sich liegen und den einen oder anderen hat das, glaube ich, nicht erfreut, als er das mit der Post zugeschickt bekommen hat, und hat sich gefragt, was soll denn das Ganze? Haben die eigentlich nichts Besseres in der Verwaltung zu tun, als so einen Stapel Papier zu produzieren? Ich kann Ihnen sagen, wir haben viel Gutes zu tun, und wir sind gesetzlich verpflichtet, dieses Papier und diesen Jahresabschluss so zu erstellen, wie er sich darstellt. Ob daraus, sagen wir mal, der Erkenntnisgewinn so groß ist, wie das Papier dick ist, darüber lässt sich dann wahrscheinlich trefflich streiten. Aber ich will an der Stelle noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen. - -, die im Wesentlichen diese *Arbeit* auch vorbereiten, gemeinsam mit unserem Wirtschaftsprüfer. Die haben das wieder vorbildlich gemacht, und dass sie es sehr gut gemacht haben, das sieht man auch am Prüfungsvermerk der Revision, Punkt 7. Dort heißt es, dass „der Jahresabschluss mit seinen Anlagen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-

schulden, Ertrags- und Finanzlage der Kreisstadt Eschwege gibt. Die Prüfung führt zu keinen Feststellungen, die einer Entlastung entgegenstehen.“ Wer muss entlastet werden? Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege und wir bitten Sie, dann auch vorlagegemäß abzustimmen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen.

Ich will auf einige ganz wenige Zahlen und Entwicklungen noch aufmerksam machen, zunächst mal, der Vermögensrechnung ist zu entnehmen, also im Prinzip der Bilanz, dass das gesamte Vermögen der Kreisstadt sich Ende 2011 noch auf rund 154 Mio. € beläuft oder belief, also 154 Mio. € im Vermögen der Kreisstadt Eschwege. Das sind knapp 1,4 Mio. € mehr als im Jahr davor, und das hängt natürlich mit unserer hohen Investitionstätigkeit zusammen und das, was wir so an Sachanlagen neu dazu bekommen haben oder Anlagen im Bau in diesem Jahr. Wenn wir die Mittelherkunft betrachten, meine Damen und Herren, dann sieht es so aus, dass unser bilanzielles Eigenkapital jetzt noch gut 41,7 Mio. € beträgt. Das sind gegenüber dem Jahresabschluss 2010 gut 2 Mio. € weniger. Wenn man dann den Jahresabschluss 2008 noch einmal dagegen legt, sind das sogar 11,6 Mio. € weniger. Das muss man sich immer verdeutlichen. Diese Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals, was deutlich abnimmt, hängt natürlich mit unseren schlechten Jahresergebnissen in den vergangenen Jahren zusammen. Was erfreulich ist, dass wir den Jahresfehlbetrag auf 2,1 Mio. € haben reduzieren können. Wir sind mal gestartet, das war mein erster Haushalt, den ich einbringen durfte oder einbringen musste, mit 5,4 Mio. € Defizit. Am Schluss landen wir jetzt bei 2,1 Mio. €. Das heißt, wir haben eine deutliche Reduzierung des Defizites, und das hat vor allen Dingen auch mit höheren Steuererträgen zu tun, Anstieg der Schlüsselzuweisungen, aber natürlich auch mit enormen Sparbemühungen innerhalb der Verwaltung. Der Ergebnisrechnung ist noch zu entnehmen, dass im Vergleich zu 2010 dieses deutlich bessere Jahresergebnis auch insbesondere auf geringere Sach- und Dienstleistungen zurückzuführen ist, 2010 betrug das Defizit noch 3,7 Mio. €. Zur Finanzlage darf man, glaube ich, noch feststellen, dass der Finanzmittelfehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit sich auf nur noch 17.509 € bewegt. Wir hatten im Vorjahr, also in 2010, noch einen Fehlbetrag von 1,4 Mio. €. Sie kennen die aktuelle Entwicklung, in 2014 nach Plan über 500.000 € plus, das heißt, wir sind da, glaube ich, insgesamt auf einem guten Weg.

Soweit noch einmal ein paar Zahlen, meine Damen und Herren, die aus meiner Sicht wichtig sind. Wie gesagt, wir haben das im Finanzausschuss sehr ausgiebig vorgestellt. Ich denke, der Vorsitzende wird jetzt berichten, und ich bitte Sie, vorlagegemäß zu entscheiden und dem Magistrat Entlastung zu erteilen. Vielen Dank.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Brill. Wie angekündigt, jetzt der Stadtverordnete Heinz als Vorsitzender des Finanzausschusses, kein Stellvertreter.“

#### Stv. Heinz (als Vorsitzender des Finanzausschusses):

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, auch hier stehe ich jetzt wieder in Vertretung des verhinderten Herrn John, der als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses ja traditionsgemäß aus dieser Sitzung berichtet.

Der Bericht der Revision des Werra-Meißner-Kreises über die Prüfung des Jahresabschlusses der Kreisstadt Eschwege zum 31.12.2011 war, wie gesagt, Thema unserer gemeinsamen Sitzung gestern Abend. Zunächst gab es eine kurze Erläuterung zur Thematik durch den Ersten Stadtrat und Stadtkämmerer Reiner Brill. Im Anschluss hat dann Herr - -, der ja der Stadt bei der Erstellung des Jahresabschlusses als Steuerberater zur Seite steht, wichtige Kennzahlen zum Jahresabschluss 2011 aufbereitet und vorgestellt und dabei auch die wichtigen Veränderungen im Vergleich zum Jahresabschluss 2010 vorgestellt und erläutert. Die wesentlichen Daten zu diesem Vortrag finden Sie, wenn auch nicht so aktuell und deutlich aufbereitet, in der Anlage 5 zum Prüfbericht, der Ihnen ja vorliegt. Freuen können wir uns, der Kämmerer hat es schon gesagt, über eine Verbesserung des Jahresergebnisses gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz um rund 3 Mio. €. Im Anschluss hat dann Stadtkämmerer

Brill mit einigen grafisch aufbereiteten Kennzahlen die Haushaltsentwicklung der Kreisstadt Eschwege seit dem Jahre 2007 nochmal dargestellt und die wirtschaftliche Lage der Kreisstadt von allen Seiten noch einmal gründlich ausgeleuchtet. Vor gut einem halben Jahr ist der Jahresabschluss der Kreisstadt Eschwege fertiggestellt und der Revision des Werra-Meißner-Kreises zur Prüfung vorgelegt worden. Diese Prüfung erfolgte offenbar in extremer Tiefe und Gründlichkeit, denn erst am 19. März erfolgte der Prüfvermerk. Dieser bescheinigt einen ordnungsgemäßen und fehlerfreien Jahresabschluss und sieht keine Gründe, die gegen eine Entlastung des Magistrates sprechen könnten, die die Stadtverordneten heute vorzunehmen haben. Zur Vorstellung des Jahresabschlusses 2011 und zum Prüfbericht der Revision gab es seitens der beiden Ausschüsse nur wenige Nachfragen, keine kontroversen Diskussionen. Beide Ausschüsse empfehlen Ihnen deshalb einstimmig, den geprüften Jahresabschluss zu beschließen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen. Dankeschön.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Heinz. Wird weiter das Wort gewünscht?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann darf ich Ihnen den Beschlussvorschlag noch einmal vorlesen: „Der Jahresabschluss 2011 wird beschlossen, und dem Magistrat wird Entlastung erteilt.“ Wer dem so zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Der Jahresabschluss 2011 wird beschlossen, und dem Magistrat wird Entlastung erteilt.

**Einstimmig angenommen.**

## **17. WIRTSCHAFTSPLAN DES BAUBETRIEBSHOFES FÜR DAS JAHR 2014 - TOP 6 - - BBH -**

---

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, eben hatten wir einen Haufen Abschlüsse, jetzt kommen wir mal zu einem Plan, und zwar zum Wirtschaftsplan des Baubetriebshofes für das Jahr 2014, den Sie als Stadtverordnete gemäß den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes entsprechend auch noch zu beschließen haben.

Der Wirtschaftsplan ist zunächst vorgelegt worden, der Betriebskommission und dem Magistrat, in einer gemeinsamen Sitzung am 17.03.2014. Er ist dort im Detail vorgestellt worden von demjenigen, der ihn auch aufgestellt hat, -. Er ist auch heute hier. Hierfür möchte ich mich noch einmal herzlich bedanken, für den sehr gut ausgearbeiteten Entwurf. Der Erfolgsplan schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 4.097.000 € ausgeglichen ab. Für den Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben von je 481.000 € vorgesehen, von denen 467.550 € für Investitionen verwendet werden sollen, 13.150 € werden zur Darlehenstilgung benötigt, so dass unsere Liquiditätsreserve in dem Bereich dann nahezu aufgebraucht ist. Der Wirtschaftsplan zeichnet sich wiederum aus, auch jetzt für dieses Jahr, durch eine wirtschaftliche Handlungsweise, durch viel Sparsamkeit, auch im Bereich der Personalwirtschaft. Für diese gute Darstellung möchte ich gerne allen Beschäftigten im Baube-

triebshof vorerst danken, und ich erspare Ihnen jetzt weitere detaillierte Ausführungen zu den geplanten Investitionen im Bereich des Vermögensplans, die sind im Detail in dem Wirtschaftsplan, der Ihnen ja allen schriftlich vorliegt, dargelegt. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Bürgermeister. Den Dank an den Baubetriebshof kann ich im Namen der Stadtverordnetenversammlung an die Vertreter des Baubetriebshofes weitergeben. Vielen Dank. Das ist auch so, denn mit dem Plan arbeitet der Baubetriebshof und wickelt alles ab, und das ist ja nicht nur der Plan, sondern da steckt viel Arbeit drin. Das wird, wenn man mit der Bevölkerung redet, auch immer zur Zufriedenheit gelöst. Wenn es da mal Anstoßpunkte gibt, dann wird das aber schnell geregelt. Ich kann mich auch nur in Namen aller für die gute Arbeit des Baubetriebshofs dafür bedanken und hoffe, dass unser Dank auch ankommt. Gibt es weitere Wortmeldungen?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann kann ich zur Abstimmung kommen. Wer dem Beschlussvorschlag, so wie er Ihnen vorliegt, zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 5 Nr. 4 EigBGes den Wirtschaftsplan des Baubetriebshofs für das Jahr 2014.

**Einstimmig angenommen.**

**18. ANTRAG DER CDU-STV.-FRAKTION BETR. ERARBEITUNG EINES KONZEPTE  
ZUM BEGEHEN DES 25-JÄHRIGEN JUBILÄUMS DES MAUERFALLS IN ESCHWE-  
GE - TOP 7-  
- 11/13 -**

---

Stv. S. Schneider:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich glaube das Thema Mauerfall ist einfach der allgemeingültige Begriff und ich glaube, es wissen alle auch, um was es hier geht. Meine Damen und Herren, ich will mal ein bisschen zurückdenken. Wie sind wir zu diesem Antrag gekommen? Wir hatten mal über die zahlreichen Jubiläen im Jahr 2014 gesprochen, in der Fraktion, und irgendwann kamen wir auch auf das Thema Grenzöffnung und jeder bei uns in der Fraktion hat dann mal, wir hatten ein bisschen Zeit, seine Geschichte erzählt, seine Erinnerungen. Ich weiß zum Beispiel, den Abend als die Mauer dann wirklich in Berlin gefallen ist, da war ich 12 Jahre alt, als das über die bundesdeutschen Medienticker ging, da hatten mich meine Eltern schon ins Bett gestopft, das habe ich dann leider nicht mehr mitbekommen. Aber ich weiß zum Beispiel, am Wochenende darauf habe ich mit meinem Onkel oben auf der Brücke Reichensächser Höhe gestanden, irgendwann nachdem wir durch die Stadt gegangen waren und wir haben auf Eschwege runtergeguckt. Eschwege lag unter einer blauen Dunstglocke. Das war ja alles so eine ganz aufgewühlte Situation, und es war so ein Bild, wenn man das heute sieht, Smog in Shanghai oder Athen, aber das ist so ein Bild, das hat sich bei mir unheimlich eingepägt. Ich weiß auch noch, wie wir damals mit Neubers die ersten Konzerte

dann in Thüringen gespielt haben, und die Orgel war dann so durchgespielt, dass bei den Tasten das Holz zum Vorschein kam und man sich einen Splitter in die Finger geholt hat. In meiner Fraktion hat jeder schon mal eine an sich tolle Geschichte erzählt.

Irgendwann habe ich meine Fraktion gefragt, sagt mal, was habt ihr am 3. Oktober 1990 gemacht? Dann guckten mich viele Augenpaare ziemlich ratlos an. Wenn ich die Frage danach noch anderen Menschen gestellt habe, das kann eigentlich keiner beantworten. Für Deutschland oder wahrscheinlich auch für die Weltgeschichte ist natürlich der 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ein ganz wichtiges Datum. Aber ich glaube, dass gerade für Eschwege die Zeit nach dem November 1989 eine ganz besondere war, weil, wir hatten zwar keine Mauer, wir hatten, Eschwege ist ja nun nicht direkt die Grenzstadt, aber Eschwege war für viele Bürger aus den späteren neuen Bundesländern, aus der damaligen DDR, die erste Anlaufstelle. Damals sind Freundschaften entstanden, die gibt es noch heute. Auch die Grundlage für unsere Städtepartnerschaft ist irgendwann in der Zeit gelegt worden. Herr Montag, Sie hatten das ja auch schon einmal in einem Film vorgeführt, wie das alles war, ist ja hoch spannend. Für uns kam dann ein bisschen die Idee, Mensch, 1989 ist für uns als Eschweger eigentlich wichtiger als 1990. Lasst uns nicht 25 Jahre Deutsche Einheit feiern, lasst uns gucken, dass wir 25 Jahre Grenzöffnung feiern. Wie haben wir das erlebt? Diese Erinnerung ein bisschen wach werden lassen. Es ist nämlich der zweite Punkt. Wir glauben, als wir am Geschichten erzählen waren, das war unheimlich erhellend, das war toll, dass es halt auch einfach noch viele Geschichten gibt, die mal nach draußen getragen werden sollten. Es ist jetzt eine Generation, die jetzt schon studiert, die haben das nicht mehr erlebt. Für die ist das aus den Geschichtsbüchern und das irgendwie im Geschichtsunterricht zu lernen, ist natürlich etwas ganz anderes, als zu sehen, wie das in meiner eigenen Heimatstadt war. Wir glauben auch, dass in privaten Archiven Videos, Dias, Fotos liegen, wo die Menschen sich vielleicht jetzt gar nicht mehr so richtig daran erinnern. Damit die auch nicht verloren gehen, könnten wir es vielleicht schaffen, die einer breiten Öffentlichkeit zuzuführen, meine Damen und Herren.

Wir haben dann gesagt, wir machen einen Antrag, brauche ich Ihnen nicht vorzulesen, ein Gedenk-konzept für diesen Tag, und wir stellen uns das so vor, dass wir eine Ausschusssitzung haben, ich hatte hier geschrieben Hauptausschuss federführend mit Soziales und Kultur, damit, meinen wir, müssten wir die Zuständigkeit gut getroffen haben, und dazu laden wir mal breit ein. Wir laden, freuen uns, dass Sie hier sind, Herr Bick, Herr Hilmes, den BGS natürlich ein. Sie haben damals eine ganz wichtige Rolle gespielt. Bundespolizei, damals war es BGS. Wir laden den Geschichtsverein ein, wir laden den Kunstverein ein, ich glaube, die können was dazu beitragen, und natürlich alle, die in irgendeiner Form dann Interesse haben. Das war jetzt keine abschließende Aufzählung. Vertreter der Schulen, ganz wichtig. Ich stelle mir vor, dass wir es dann so machen wie jetzt in der letzten Bau- und Planungsausschusssitzung, dass man dann mal vorträgt von Seiten der Verwaltung und dass man dann auch mal die Sitzung unterbricht und die interessierten Zuschauer zu Wort kommen lässt und einfach mal hört, was es da an Ideen gibt.

Ich habe nämlich, das muss ich jetzt ehrlich sagen, seitdem das heute Morgen in der Zeitung stand, ich habe vorhin einen Anruf gehabt. War ganz interessant. Da klingelte mein Telefon. Ich ging dran und eine Dame sagte hallo, hier ist -. Sage ich, schön. Ich habe das in der Zeitung gelesen und ich muss Ihnen was erzählen. -. Wir haben ganz viel Material. Das wollten wir schon immer mal zeigen. Ich finde die Idee toll. Wenn das was wird, kommen Sie auf uns zu. Wir sind da gerne dabei.

Jemand anderes hat mir im Vorfeld zu diesem Antrag eine E-Mail geschrieben, was man alles machen könnte. Das geht, das habe ich dem Bürgermeister weitergeleitet, vom Festakt in der Stadthalle mit Mühlhausen zusammen. Der hat auch gesagt, lasst uns mal überlegen, ob wir auf dem Marktplatz eine öffentliche Kundgebung mit Politikern aus dieser Zeit machen, mit einem Bürgerfest danach.

Wir haben uns überlegt, das sind alles jetzt nur Ideen, wir gesagt, wir wollen dem Ausschuss nicht vorgreifen, dass es uns vielleicht gelingen kann, in einem leerstehenden Geschäft eine Installation, eine Ausstellung zu machen etc. Die Schulen können ihren Beitrag leisten. Die Behörden haben damals auch viel erlebt, die können ihren Beitrag leisten. Der BGS wird das bestimmt gerne machen. Wir wissen jetzt auch schon, zum Beispiel eine große Finanzinstitution hat hier im Kreis schon einmal auf unsere Anfrage gesagt, sie würden gerne zum Beispiel ihre Räume zur Verfügung stellen, um da

eine Ausstellung zu machen. Wir glauben einfach, dass da etwas Gutes bei heraus kommen kann und ich muss natürlich, wenn Sie mir vielleicht auch noch im Magistrat zuhören, so ehrlich sein, wir können jetzt kein großes Museumsgedenkkonzept hier machen, weil natürlich das Ganze schlussendlich, Herr Brill, nachher ja auch die Stadt eigentlich so gut wie nicht belasten darf. Das Geld, das ist ja unser liebstes Thema, das haben wir nicht. Deswegen sind wir da so ein bisschen auf kreative Ideen und auch freiwillige Mitarbeit angewiesen, und von daher wollen wir das heute Abend anstoßen und würden uns freuen, wenn der Antrag auf eine breite Mehrheit fällt.

Ich habe auch schon einmal mit der Zeitung gesprochen, -. Der sagte auch, wir können uns auch da als Zeitung vorstellen, was zu machen, vielleicht geht das mit der Schule zusammen. Er sagte auch, er wollte seine eigenen Fotoarchive mal durchwühlen. Da hat er uns heute Morgen schon ein Beispiel in der Zeitung gebracht.

Ich glaube, da kann schlussendlich was Gutes bei rauskommen. Um einen Strich drunter zu machen, wir wollen einfach die Erinnerung an einen besonderen Moment in dieser Stadt wieder so ein bisschen aufleben lassen und wollen sie auch wach halten und vielleicht gelingt es uns in dem Zusammenhang, davon auch ein bisschen was zu konservieren. Dann sollen nächstes Jahr mit großen Staatsakten alle anderen den 3. Oktober feiern, aber wir feiern dann die Zeit, als sich Eschwege grundlegend verändert hat, meine Damen und Herren. Ich würde mich freuen, wenn das hier auf fruchtbaren Boden fällt.

Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Schneider. Herr Fiegenbaum hat sich zu Wort gemeldet.“

Stv. Fiegenbaum:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe CDU. Die CDU möchte, die Wunschproduktion läuft auf vollen Touren, aber als ich Ihren Antrag gelesen habe, wer sagt, was angemessen ist? Die Sprache Ihres Antrages begann mich spätestens an dieser Stelle zu interessieren. Mein analytisches Selbst fuhr auf und die Frage, was ist angemessen. Ich dachte, mein erster Impuls war, an Maßanzüge und bei den aufgerufenen kollektiven Erinnerungen stellte ich mir lauter Leute in Maßanzügen vor. Aber dann, mein nächster Impuls, seit wann hat es die CDU mit den Kollektiven? Spätestens an dieser Stelle war mir dieser Antragstext verdächtig. Und dann folgte dann noch dieses Wortungetüm „Jubiläumskonzept“, ein Wortungetüm für mich. Jetzt zieht der Johannisfestzug in den Maßanzügen, schwenkende Fähnchen usw., an meinem inneren Auge vorbei.

Und dann war mir klar, wie weit Bündnis 90, wir Bündnis 90, und wie weit mein Bündnis 90-Herz doch entfernt ist von diesen Wünschen. Was ist es denn eigentlich, habe ich dann gedacht, was trennt uns dann an dieser Stelle eigentlich in Bezug auf die Beitrittsgeschichte. Ich sage jetzt bewusst Beitrittsgeschichte. Die, die in der DDR damals die Dinge vorangetrieben haben in der friedlichen Revolte, die wollten doch gar nicht diesen Beitritt. Die wollten eine Alternative zum Kapitalismus. Die wollten genauso wenig wie wir Grünen damals diesen -, auf dessen Ablösung wir in dieser Zeit gerade hofften, und mit dem dann die Schere zwischen Arm und Reich, Herr Gassmann, schon zehn Jahre lang auseinandergegangen war und immer weiter auseinanderging, für die nächste Zeit. Was wollten wir Grünen, was wollten wir mit Bündnis 90/Die Grünen? Wir wollten eine Ökologie weltweit, nicht nur bundesweit, die sich mit der Ökonomie versöhnen sollte, nachhaltig und in der Tradition des Club of Rome. Und was brachte uns die Entwicklung? Die brachte uns den Neoliberalismus, mit all seinen negativen Folgen, bis hin zur Finanzkrise. Und was brachte sie für die neuen Bundesländer? Den Ausverkauf durch die Treuhand, Arbeitslosigkeit und diesen Bevölkerungsrückgang, diesen Bevölkerungsschwund. Auf eine junge Frau kommen fünf junge Männer. Wir, Bündnis 90, wir haben das so nicht gewollt. Das weiß ich noch ganz genau. Für uns ist dieses Jubiläum vor der Geschichte eine verpasst Chance. Was gibt es für uns an dieser Zeit, an diesem Ding zu feiern? Und Ressourcen oder Geld, das haben Sie gerade selber gesagt, hat die Stadt ja auch nicht, für Organisation und eigentlich auch nicht für die Ausschüsse, die noch mal extra zu diesem Thema zu bemühen wären. Und außer-



dem haben Sie selber auch gesagt, da ist ja die Partnerschaft mit Mühlhausen. Fragen wir doch mal die Mühlhäuser, wie es ihnen damit geht. Und das ganze Jahr kommen Sie hier eigentlich nur vor, wenn was gefeiert wird, in irgendeiner Form. Wir, Bündnis 90, sind am 3. Oktober jedenfalls eher bei Attack oder Occupy. Dankeschön.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Fiegenbaum. Wird weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann kann ich zur Abstimmung kommen.“

### **Bemerkung aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Ja, Herr Schaub.“

Stv. Schaub:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eben eine Minute gestutzt, nachdem ich die beiden Redebeiträge hier gehört habe, und mir überlegt, wie ich das jetzt aufgreifen kann, um die Position unserer Fraktion dann darin aufzuzeigen. Ich möchte es mal so sagen, diese beiden Redebeiträge haben eigentlich gezeigt, wie wichtig Erinnerungskultur ist, wie wichtig Erinnerungskultur in einer Stadt ist, dass man diese aufgreift. Diese beiden grundsätzlich unterschiedlichen Herangehensweisen zeigen eigentlich die Wertigkeit, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, sich mit solchen Jubiläen auch zu beschäftigen, um diese unterschiedlichen Herangehensweisen deutlich zu machen und wirksam werden zu lassen. Das ist das beste Beispiel dafür, dass das Jubiläum hier aufgegriffen werden sollte und damit nehme ich vorweg, unsere Fraktion wird dem Antrag der CDU zustimmen, eine Gedenkveranstaltung oder mehrere Gedenkveranstaltungen zum 25. Jahrestag des 9. November 1989 zu machen.

Ich möchte das auch noch ganz kurz begründen und vielleicht mit einigen Anmerkungen versehen. Ich denke, ich wiederhole mich, die Erinnerungskultur ist wichtig und es sollten auch alle Leute zu Wort kommen bzw. sich in einer Art Gedenken einbringen können, um einen so wichtigen Aspekt wie den Mauerfall oder die Öffnung der Grenze am 9. November 1989 zu zeigen. Ich selbst war zu dieser Zeit ja nicht in Eschwege. Ich bin erst - Jahre später nach Eschwege gekommen. Aber die lebhaften Schilderungen, die ich danach gehört habe, wie diese Tage hier in Eschwege vollzogen worden sind, haben mir doch auch gezeigt, wie in Eschwege das wesentlich anders empfunden worden ist wie zum Beispiel ich die Tage empfunden habe, der 200 Kilometer weiter im Süden diese Ereignisse eigentlich als Fernsehereignisse erlebt hat. Diese persönlichen Erfahrungen sollten Grundlage sein der Auseinandersetzung, aber, und da nehme ich das auf, was Herr Fiegenbaum eben gesagt hat, man darf bei der ganzen Sache nicht vergessen, dass der 9. November 1989 eigentlich kein Tag war, der aus der Stadt Eschwege heraus gekommen ist. Eschwege war bei diesen ganzen Aktionen, wie die ganze Bundesrepublik Deutschland, Objekt. Subjekt waren die Menschen in der DDR. Subjekt waren die Bürgerrechtsbewegungen oder die Menschen, die die Bürgerrechtsbewegung nach vorne gebracht haben, waren die Kirchen, waren die Akteure, die die ganze Sache möglich gemacht haben. Ich denke, dass das ganz deutlich werden sollte, dass man diese Frage, wie man eine Gedenkveranstaltung dort organisieren sollte, mit einbeziehen muss. Zu dem Antrag selbst möchte ich dezidiert drei Anmerkungen machen. Eine auf organisatorischer Ebene. Es ist eben schon in der Rede von Herrn Schneider angeklungen. In Zeiten, in denen Ressourcenknappheit, Stellenstreichungen, Zusammenlegung von Arbeitsfeldern bei uns im Rathaus gang und gäbe sind, um die anfallenden Arbeiten erledigen zu können, sollte es nicht so sein, dass der Magistrat ein Konzept erarbeitet, das heißt also Verwaltungshandeln damit angestoßen wird. Es sollte vielmehr so sein, dass Bürgerarbeit, private Initiativen, Vereinen und Verbänden hier einbezogen werden sollten, damit der Magistrat bzw. die Verwaltung nur begleitend diese Aktion organisiert, so dass nicht noch ein Mehr an Arbeit auf die Verwaltung zukommt. Auf

inhaltlicher Ebene wäre es das, was ich eben gesagt habe. Man muss die Aktivitäten in den Vordergrund stellen. Woher die Aktivitäten kamen. Was würde da näher liegen als unsere Städtepartnerschaft mit Mühlhausen mit einzubeziehen und hier ein Feld zu schaffen, dass die Sicht derer, die das ganze auch ausgelöst haben, in den Mittelpunkt gestellt werden könnte. Und als letzter und dritter Aspekt, ich denke, die Überweisung ist nicht notwendig in Hauptausschuss und in den Ausschuss für Soziales und Kultur. Ich denke die Überweisung in den Hauptausschuss ist vollkommen ausreichend für die Behandlung dieser Sache. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Schaub. Herr Dietrich bitte.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass die Grünen nicht auch gerne feiern und auch feiern können. Was an dem Antrag nur stört, ist die Tatsache, dass hier schon wieder der Magistrat involviert werden soll. Die Idee von Herrn Schaub können wir gut aufgreifen, wenn die CDU bereit wäre, diesen Antrag abzuändern, dass es also in die Hand von irgendwelchen Vereinen gelegt wird, Partnerschaftsvereinen, kein Problem. Ansonsten bin ich der Meinung, Erinnerungskultur wurde hier schon ein paar Mal gesagt, Erinnerungskultur haben wir genug. Wir haben den 3. Oktober als Feiertag eingeführt. Und dieser 3. Oktober wird uns noch begleiten bis, keine Ahnung wie lange, die nächsten Jahrzehnte wahrscheinlich. Also insofern, Erinnerungskultur ist da. Falls die CDU den Antrag abändern will in diese Richtung, haben Bündnis 90/Die Grünen kein Problem damit, dem zuzustimmen, Herr Schneider.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Dietrich. Herr Schneider bitte.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Schaub, vielen Dank. Finde ich gut. Wir gehen die Änderung Hauptausschuss gerne mit. Wir haben uns das als kluge Variante überlegt, aber daran wollen wir es jetzt nicht scheitern lassen. Das ist für uns absolut okay. Das Thema Magistrat. Das Problem, was wir jetzt gesehen haben, wir wollen jetzt nicht sagen, wir drücken es Einem auf. Ich sage mal, wir als Stadtverordnetenversammlung können es nicht leisten. Das ist halt einfach so. Ich würde mir jetzt auch nicht anmaßen, dass ich da irgendein Konzept machen kann. Aber ich hatte mir das so vorgestellt, dass wir sagen, wir laden mal alle in die Ausschusssitzung ein und die haben ja eine gewisse Vorbereitungszeit. Es muss ja einer den Hut auf haben. Ich nenne jetzt mal einen Namen eines Mitarbeiters. Ich hätte mir jetzt vorgestellt, dass der -, weil der nun einfach die große Expertise im Haus hat, da vielleicht einfach die Koordinationsarbeit macht. Mehr soll das auch gar nicht sein. Da sind noch viele andere Ideen, die wir hatten. Vielleicht sagt Stadtmarketing dann auch, pass mal auf, wir reden mit unseren Mitgliedern. Die lassen das zu, dass an fünf, sechs Stellen vielleicht eine Videoinstallation in den Schaufenstern stattfinden kann. Sie haben viel Richtiges gesagt Herr Schaub. Das passt dann auch alles da rein. Wir müssen halt auch einfach gucken, was wollen die, die es ehrenamtlich leisten können. Was wollen die auch machen. Wie kriegen wir das Ganze geschultert. Aber wir glauben einfach, dass einer dann den Hut aufhaben muss. Auf Deutsch gesagt, es soll ja auch keine reine Jubelveranstaltung sein. Da gab es ja auch viele Gründe, da mal nicht zu jubeln und Herr Fiegenbaum, wir haben doch überhaupt kein Problem. Beteiligen Sie als Grüne sich und dann machen Sie, was weiß ich, eine kleine Ausstellung oder irgendwo eine Wand. So nach dem Motto, wir wollten was Anderes, und stellen die Ideen von damals dar. Das ist doch absolut okay, zu sagen, wir wollten das nicht. Das gehört auch zur Geschichte. Da haben wir überhaupt kein Problem damit. Wir möchten im Endeffekt die Erinnerung, auch wie sie die Stadt hat, Herr Schaub hat das glaube ich aus der Fern-

sicht mal ganz gut beleuchtet, wach halten. Uns fällt jetzt gerade nichts Besseres ein als zu sagen, einer, und das ist halt für uns der Magistrat, dem erteilen wir Aufträge und der gibt es an die Verwaltung weiter, hat den Hut auf. Mit der Intention sind wir da beieinander. Einen letzten Satz erlauben Sie uns noch. Wir haben natürlich auch mit unseren Mühlhäuser Freunden gesprochen. Die finden die Idee gut. Die haben immer gesagt, aber wenn, dann kommen wir zu euch, weil wir sind ja damals auch zu euch gefahren. Das ist eine Originalaussage. Dankeschön.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Schneider. Jetzt haben wir schon viel dem Ausschuss vorweg genommen, was der Ausschuss dann machen soll. Ich finde das aber gut, dass sich die Wogen so geglättet haben, denn das ganze Spektrum gehört dazu, beleuchtet zu werden. Ich glaube, das wollen auch alle und damit gehen wir alle konform. Das finde ich gut so. Denn das waren schon bewegende und wichtige Tage, auch für Eschwege.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann komme ich zur Abstimmung mit der Abänderung, Herr Schneider hat ja dem zugestimmt, dass wir das nur in den Hauptausschuss überweisen. Wer dem so zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

#### **Bemerkung aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Mit den Änderungen. Sie können ruhig mitstimmen. Das haben Sie ja gesagt, Herr Dietrich. Mit den Anregungen, auch die anderen Punkte, die Herr Fiegenbaum vorgetragen hat, mit einzuarbeiten und im Ausschuss mit zu besprechen und aufzunehmen.“

#### **Bemerkung aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv.-V. Montag:

„Gerne. Das muss ja nicht in den Antrag formuliert werden. Wir überweisen das an den Hauptausschuss und da befassen wir uns mit allem, was möglich ist. Da haben wir doch Zeit ohne Ende. Gerne. Ich habe ja noch nicht abstimmen lassen.“

Stv. Dietrich:

„Wie ich sehe, haben wir es aber hier mit einem Antrag zu tun. Solange ich das hier kenne, seit 15 Jahren, wird ein Antrag, wenn er geändert werden soll, das wird auch schriftlich fixiert. Und der Antrag ist ja noch original. Der Magistrat wird beauftragt.“

Stv.-V. Montag:

„Das habe ich schon schriftlich fixiert, bei mir.“

Stv. Dietrich:

„Wie heißt das jetzt?“

Stv.-V. Montag:

„Was ich habe, zählt. Der Antrag wird in den Hauptausschuss überwiesen.“

Stv. Dietrich:

„Nur in den Hauptausschuss? Also Magistrat, Verwaltung bleibt außen vor?“

Stv.-V. Montag:

„Nein, das kann man doch da besprechen, was wir da machen, und dann beschließt die Stadtverordnetenversammlung. Magistrat und Verwaltung können ja nicht außen vor bleiben. Die sind ja im Ausschuss anwesend.“

Stv. Dietrich:

„Jetzt haben wir aber gerade gehört, die SPD würde dieser Sache zustimmen, CDU auch. Also hätten wir die Mehrheit auch im Ausschuss. Also werden die Grünen nicht zustimmen, weil selbst, wenn es nur in den Ausschuss kommt mit der Stimmenmehrheit von CDU und SPD, würde es ja an den Magistrat dann wieder weitergeleitet werden, und - ist Teil der Verwaltung. Das sehe ich doch richtig?“

Stv.-V. Montag:

„Das ist richtig.“

Stv. Dietrich:

„Wenn Herr Schneider vorschlägt, Herr -, sollten Sie eventuell den Hut aufsetzen.“

Stv.-V. Montag:

„Stopp Herr Dietrich. Wenn hier ein Antrag beschlossen wird, dann muss er immer für den Magistrat eine ausführbare Formulierung enthalten. Der Beschluss ist ja jetzt nur der Überweisungsbeschluss. Was wir dann im Ausschuss beschließen, da haben Sie schon recht, mit welchen Mehrheiten auch immer, das ist so, schlägt der Hauptausschuss dann der Stadtverordnetenversammlung vor, und die stimmt wieder ab. Und dann gibt es eine Diskussion, wie mit Herrn Gassmann heute, das haben sie ja gehört. Dann geht es wieder zurück an den Magistrat.“

Stv. Dietrich:

„Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen, weil wir ja davon ausgehen müssen, logischerweise, dass mit Stimmenmehrheit von CDU und SPD das in den Magistrat kommt. Also sind wir wieder bei dem, was wir hier haben.“

Stv.-V. Montag:

„Gut, dann gibt es eine Erklärung dafür, dass Sie nicht mit abstimmen, oder dagegen stimmen. Herr Bürgermeister bitte.“

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Dietrich, so wie ich das eben den anderen Wortbeiträgen hier entnommen habe, ist das ja so, dass im Hauptausschuss die Diskussion dahingehend laufen wird, wahrscheinlich, dass es die Aufgabe des Magistrates sein wird, die Erstellung eines Konzeptes zu begleiten und zu moderieren. Und die Akteure, das soll bürgerschaftlich sein, dort sollen Vereine, Verbände, Zeitzeugen mit eingebunden werden. So ist das übereinstimmend hier gesagt worden und ich glaube, wenn der Ausschuss entsprechend so agiert, dann können wir auch als Magistrat das leisten. Danke.“

Stv.-V. Montag:

„Der Ausschuss kann auch nicht alleine handeln. Der braucht den Magistrat. Es geht nicht ohne Magistrat. Das ist verpflichtend. Die müssen auch an jeder Sitzung teilnehmen. Die kann man nicht ausschließen. Das geht nicht. Da müssen wir einen Verein aufmachen. Wer hat noch eine Wortmeldung?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann komme ich jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag, ich lese ihn noch einmal vor „Der Antrag wird in den Hauptausschuss überwiesen“, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

**Beschluss:**

Der Magistrat erarbeitet ein Konzept, um das 25-jährige Jubiläum des Mauerfalls in Eschwege zu gedenken.

Der Antrag wird in den Hauptausschuss überwiesen.

**Einstimmig angenommen.**

## **19. ANREGUNGEN**

**- TOP 8 -**

### **19.1 Baum- und Strauchschnitt - BBH -**

---

Stv. Hölzel:

„Meine Damen und Herren, am vergangenen Dienstag, sprich vorgestern, konnte ich im Bau- und Planungsausschuss unter der Rubrik „Anregungen“ der Verwaltung ein Signal geben, dass am Roten Rain Bau- und Strauchschnitt liegt, seit mehreren Monaten und sich doch darum gekümmert wird. Ich traute meinen Augen nicht und der Information, dass bereits einen Tag später, sprich gestern, alles feinsorgfältig weggeräumt worden ist Diesbezüglich, die Information kam über „Petzerbutton.de“, wollte ich mich recht herzlich bedanken bei der Verwaltung, bei dem Bürgermeister, der über solch motivierte und tolle Mitarbeiter verfügt, und rege an: Weiter so. Vielen lieben Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Hölzel.

Einen kleinen Wehrmutstropfen muss ich doch loswerden. Wenn das die Stadt weggemacht hat, dann haben die ja nicht ordnungsgemäß gehandelt. Das ist ja eine Landesstraße, die dürfen das gar nicht wegmachen. Also, an Hessen Mobil geben wir den Dank weiter. In Ordnung.

Gibt es weitere Anregungen?“

## **19.2 Kindertagesstätte „Am Schwanenteich“**

- 4 -

---

### Stv. Schaub:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, verehrte Anwesende, es geht dabei um die Kindertagesstätte „Am Schwanenteich“ hier ganz in der Nähe. Seit Dezember 2011 ist der Gebäudeanbau der Kindertagesstätte mit den Betreuungsräumen für die unter 3-jährigen fertiggestellt. Dieser Anbau hat auch einen separaten Eingang, der so ungefähr 10 m zurückgesetzt ist vom Fritz-Neuenroth-Weg, von diesem Fußweg, der dort ist und das ist seither sehr grob geschottert. Für die Kinderwagen, gerade für die Kleinen, ist dieser Weg nur schwer zu befahren. Er ist auch sehr stark verschmutzt bei schlechtem Wetter und, ich würde mal sagen, es ist sehr unkrautanfällig, weil dort alles sprießt und wächst, was dort kommt. Das ist eine relativ kleine Fläche von, ich habe mal so überschlagen, knapp 100 m<sup>2</sup> und ich denke, man sollte diese Fläche doch pflastern, um dann hier den Zugang zu den Räumen der Kindertagesstätte sauber zu halten und auch gut passieren zu können.“

## **19.3 Fahrradständer an der Stadthalle**

- 4 -

---

### Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich bin heute, zum wievielten Mal tagen wir heute hier, zum 5., 4. Mal, hier in der Stadthalle, nachdem wir im E-Werk waren? Auf jeden Fall bin ich jedes Mal mit dem Rad gekommen und heute denke ich endlich daran. Das gilt jetzt nicht nur für mich in eigener Sache, ich denke, da gibt es auch noch andere Leute, die in einer werdenden Fahrradstadt, überall werden Wege angelegt, auf Bürgersteigen, auf den Straßen, leben. Der Bürgermeister ist da mal aktiv geworden. Uns fehlt einfach hier was vor der Stadthalle. Ich stehe jedes Mal wieder mit dem Rad davor und denke, jetzt haben wir das so aufwendig saniert, hier muss was passieren. Vielleicht gibt es da die Möglichkeit, an die Gestaltungsmuster anzuknüpfen, die am Marktplatz Platz gefunden haben, diese schlichten Bügel, die passen hier zum Design, oder was Ähnliches, was preisgünstiges. Ich finde das gehört hierher, für eine moderne Stadthalle, für eine moderne Stadt, für eine, die auch klimapolitisch sich auf den Weg macht, gehören hier Fahrradständer hin. Dankeschön.“

### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön.

Bevor ich jetzt Herrn Fiegenbaum aufrufe, möchte ich an meine Anregung erinnern. Es gibt hinter der Stadthalle, von den Parkplätzen, immer noch keinen Weg zum Resturanteingang, sondern nur eine grüne Wiese. Bei Schlamm hatten wir ja mal abgesprochen, dass man da vielleicht mit kleinen Mitteln einen Fußweg nach vorne macht, damit man da den Weg auch benutzen kann. Das gilt auch für die Gäste vom Hotel hauptsächlich. Aber ich habe eben für mich gesprochen.

## **19.4 Fritz-Neuenroth-Weg**

- 13 -

---

Stv. Fiegenbaum:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich will nur kurz noch einmal nachfragen, was aus meiner Anregung geworden ist von der letzten Stadtverordnetensitzung in Bezug auf Fritz-Neuenroth-Weg.“

Stv.-V. Montag:

„Wenn der Magistrat antworten will.

Prof. Speitkamp, der Bürgermeister hatte ja schon einmal darauf geantwortet, hat den Termin, glaube ich, noch einmal geschoben, wie ich von Dritter Stelle erfahren habe. Da gibt es immer noch Suchen in Archiven, aber wir können ja im Hauptausschuss noch einmal darüber sprechen, eine Sitzung zeichnet sich ja ab. Da könnte man darüber noch einmal sprechen. Das Thema ist immer noch im Geschäftsgang.

Gibt es weitere Anregungen, Anfragen?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-Vorst. Montag:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung und Tagesordnung angelangt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die nächste Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich am Donnerstag, dem 5. Juni 2014, wieder hier in der Stadthalle stattfinden soll. Ich schließe die Sitzung um 20:43 Uhr und wünsche uns allen noch einen guten Nachhauseweg und noch einen schönen Abend. Vielen Dank.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE  
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
AM 10.04.2014**

---

**Karl Montag**  
(Stadtverordnetenvorsteher)

---

**Volker Jatho**  
(Schriftführer)